

Vorlage Nr. IV - K 21/2023-1		
für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Kultur.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von überplanmäßigen unbefristeten 10,5 Wochenstunden Mehrbedarf für das Stadtarchiv, Bereich Lesesaalaufsicht

A Problem

Die Leitung der Amtsstelle 41A hat festgestellt, dass die vorhandenen Stellen(-anteile) im Stadtarchiv nicht ausreichen, um die anfallenden vorgesehenen Aufgaben erledigen zu können. Die Magistratskanzlei wurde daher gebeten, einen Stellenmehrbedarf für den Bereich des Stadtarchivs zu prüfen.

Die Magistratskanzlei -MK3- hat festgestellt, dass aus organisatorischer Sicht ein Mehrbedarf von 10,5 Wochenstunden für die Tätigkeit Lesesaalaufsicht anerkannt werden kann.

Weiterhin wurde mitgeteilt, dass die Verwendung dieses Zeitanteils, also die Aufteilung des Mehrbedarfs, der Amtsstelle obliegt.

B Lösung

Die Amtsstelle 41A schlägt vor, die Stundenmehrung für die Tätigkeit Lesesaalaufsicht folgendermaßen aufzuteilen:

Eine Mehrung von 5,5 Wochenstunden soll auf die Stelle 2 0 006 (Beschäftigte:r im Archiv, EG 3 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) entfallen. Dies entspricht einem Stellenanteil von 0,141 Stellen.

Eine Mehrung von 5 Wochenstunden soll auf die Stelle 2 0 003 (Stadtangestellte:r mit Schreibverpflichtung, EG 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) entfallen. Dies entspricht einem Stellenanteil von 0,128 Stellen.

Damit die Stundenmehrung alsbald, spätestens zum 01.01.2024, umgesetzt werden kann, wird beantragt, den Mehrbedarf von 10,5 Wochenstunden überplanmäßig unbefristet anzuerkennen.

C Alternativen

Es werden keine Alternativen vorgeschlagen

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 13.320 € jährlich. Sofern die zusätzlichen Personalkosten nicht aus dem Personalkostenbudget des Stadtarchives bzw. im Ausschussbereich getragen werden

können, ist eine Finanzierung aus zentral veranschlagten Personalkosten erforderlich.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht. Für eine Genderrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte. Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Magistratskanzlei und das Personalamt wurden beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den überplanmäßigen unbefristeten Mehrbedarf von 10,5 Wochenstunden für das Stadtarchiv für die Tätigkeit Lesesaalaufsicht zur Kenntnis und spricht sich für die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss aus. Die Stundenmehrung soll wie folgt aufgeteilt werden:

Eine Mehrung von 5,5 Wochenstunden soll auf die Stelle 2 0 006 (Beschäftigte:r im Archiv, EG 3 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) entfallen. Dies entspricht einem Stellenanteil von 0,141 Stellen.

Eine Mehrung von 5 Wochenstunden soll auf die Stelle 2 0 003 (Stadtangestellte:r mit Schreibverpflichtung, EG 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) entfallen. Dies entspricht einem Stellenanteil von 0,128 Stellen.

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Frost
Stadtrat